Neue Aera in Frankreich

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338865

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer, (Paris)

Neue Aera in Frankreich

Frankreichs Staatspräsidentenwahl führte im Mai 1974 zu einem politischen Umbruch. Wirtschafts- und Sozialprobleme standen im Mittelpunkt der ganzen Wahlkampagne und bestimmen auch die weitere Entwicklung des nachgaullistischen Regimes.

Im ersten Wahlgang am 5. Mai erzielte der Kandidat der Linksparteien und der grossen Gewerkschaften, François Mitterrand, über 43 Prozent, der konservative Finanzminister Giscard d'Estaing 33 Prozent und der gaullistische Kandidat Chaban-Delmas nur 14,55 Prozent. Der Zusammenbruch des Gaullismus war das Hauptmerkmal dieses ersten Aktes.

Im zweiten und entscheidenden Wahlgang erzielte Mitterrand 49,33 Prozent und Giscard d'Estaing 50,66 Prozent. Bei rund 30 Millionen Wahlberechtigten und über 26 Millionen Wählern betrug der Abstand zwischen der Rechtskoalition und der Linksunion nur 344 399 Stimmen (1,33 Prozent). Eine Verschiebung von 172 200 Stimmen hätte genügt, um Frankreichs Politik in neue Bahnen zu lenken.

Mitterrand erzielte die absolute Mehrheit in allen Jahrgängen bis 65. Erst darüber gewinnt Giscard d'Estaing das Übergewicht. Wenn die Franzosen ab 18 wahlberechtigt wären, was vom gaullistischen Regime mehrmals versprochen, aber nicht gehalten wurde, hätte Mitterrand den Sieg davongetragen. Die Arbeiter und Angestellten stimmten mit grossen absoluten Mehrheiten für Mitterrand, in einigen Industriebezirken bis 60 und sogar 70 Prozent.

Der politische Sinn der französischen Präsidentenwahl lässt sich somit in zwei Punkten zusammenfassen:

1. Zusammenbruch des Gaullismus, dessen Niedergang schon mit der Mairevolte 1968 und mit de Gaulles Rücktritt 1969 begonnen hatte und der Aufstieg des «Giscardismus» zur neuen und führenden politischen Kraft des französischen Bürgerblocks.

2. Vorstoss der Linksunion auf 49,3 Prozent, wodurch der historische Rekord der Volksfrontwahlen 1936 übertroffen wurde.

Sozialdemagogie

Chaban-Delmas und Giscard d'Estaing hatten schon in der ersten Phase des Wahlkampfes dieser Stimmung Rechnung getragen und beide einen «gründlichen Wandel» der französischen Gesellschaftsordnung in Aussicht gestellt. Auf diese Weise versuchten sie, das Programm des Linkskandidaten zumindest mit Worten, dann aber auch mit Ziffern zu übertrumpfen. Chaban-Delmas wiederholte sein altes Schlagwort von der Notwendigkeit

einer «Neuen Gesellschaftsordnung» und Giscard d'Estaing liess sich ein Sozialprogramm ausarbeiten, dessen Kostenpunkt für das laufende Jahr nach eigenen Angaben 19,2 Milliarden Francs, nach den Berechnungen der Wirtschaftsfachleute der Linksunion sogar 25 Milliarden ausmacht und durch keinerlei konkrete Einnahmen gedeckt wäre, sondern nur durch die «fortschreitende Expansion» der französischen Wirtschaft finanziert werden soll.

Diese wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Vorschläge, Debatten und Auseinandersetzungen geben den Maiwahlen 1974 den eigentlichen Sinn und erhellen die weiteren Perspektiven.

Giscard d'Estaings Sozialversprechen betreffen insbesondere: Anhebung der niedrigsten Löhne doppelt so schnell wie die höheren Gehälter, Erhöhung des monatlichen Mindestlohnes «noch in diesem Jahr», bessere Überstundenbezahlung, Senkung der gesetzlichen Arbeitsdauer, schrittweise Beseitigung des Stücklohns, Mitbestimmung bei Festsetzung von Arbeitszeit und Arbeitstempo, höhere Altersrenten und mehr Kindergeld.

Der sozialdemagogische Inhalt dieser Versprechen wird durch das folgende «Geständnis» des Gouverneurs der Bank von Frankreich *nach* den Wahlen illustriert: «Man hat neue Ausgaben versprochen, die ungefähr dem Betrag entsprechen, den die Nation einsparen und ausführen müsste, um die verteuerte Energieeinfuhr bezahlen zu können.» Weiter: «Solange das Gleichgewicht der Handelsbilanz nicht hergestellt ist (Frankreichs Aussenhandelsdefizit erreichte im April die Rekordziffer von 2,5 Milliarden Francs, das heisst 11,5 Prozent), ist eine weitere greifbare Verbesserung der Kaufkraft der Lohnempfänger und überhaupt der Franzosen unmöglich.»

In gewissenloser Weise häuften die untereinander zerstrittenen Bürgerblockkandidaten in der Wahlkampagne mit leichtfertigen Versprechen neuen Zündstoff für die Sozialkrise und beschleunigten zugleich den innenpolitischen Zerfall der 5. Republik.

Der Zusammenbruch des Gaullismus

Die drei Kandidaten des vorherigen Bürgerblocks (Giscard d'Estaing, Chaban-Delmas und Royer) hatten am 5. Mai zusammen 12 711 003 Stimmen, das heisst 50,71 Prozent der gültigen Stimmen erhalten, die drei Linkskandidaten (Mitterrand, Laguiller, Dumont und Krivine) hingegen 11 549 209 (46,08 Prozent).

Der Vorsprung des Rechsblocks betrug also nur fünf Prozent, während er im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl 1965 über 11 Prozent (Mitterrand gegen de Gaulle 32,23:43,7 Prozent), in der Präsidentenwahl 1969 über 12 Prozent (mehrere Linkskandidaten gegen Pompidou 31,34:43,96 Prozent), und im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen im März 1973 schliesslich noch rund 9 Prozent (37,93:46,7 Prozent) ausmachte. Erstma-

lig stieg der Linkskandidat am 5. Mai 1974 schon im ersten Wahlgang auf über rund 43 Prozent.

Die Verlängerung des Abstandes zwischen Links- und Rechtsstimmen war diesmal um so bemerkenswerter, als die Zentrumswähler (15,85 Prozent 1965 und 23,42 Prozent 1969) diesmal schon im ersten Wahlgang zum Grossteil vom konservativen Kandidaten Giscard d'Estaing absorbiert worden waren.

Der gaullistische Kandidat Chaban-Delmas kam am 5. Mai in keinem Wahlkreis, auch in seinem Heimatbezirk nicht mehr, an erster Stelle und erreichte nur in fünf Departementen (darunter Korsika) die zweite Position. Sonst wurde er überall an die dritte Stelle gedrängt. Mit rund 15 Prozent fiel er unter den Prozentsatz der Gaullisten der Anfangszeit der 5. Republik im November 1958 (17,60 Prozent).

Mitterrands Höhenrekord

Mitterrand war es schon im ersten Wahlgang am 5. Mai gelungen, seinen Stimmenanteil im Vergleich zu Dezember 1965, als er zum erstenmal als gemeinsamer Linkskandidat gegen General de Gaulle kandidierte, von 32,23 auf 43,35 Prozent zu heben. 1969 hatten die verschiedenen Splitterkandidaten der Linken zusammen nur 31,34 Prozent erzielt.

Bezeichnend ist auch, dass Mitterrand schon am 5. Mai in 77 von insgesamt 95 französischen Departementen an der Spitze stand und in elf Departementen bereits die absolute Mehrheit erzielte, so in Bouches-du-Rhône (Marseille), in Pas-de-Calais (Nordfrankreich) und in den Pyrenäenprovinzen. 1965 war ihm dies nur in zwei Departementen gelungen. In verschiedenen, normalerweise rechtsgerichteten Provinzen konnte er seinen Stimmenanteil beträchtlich verstärken.

Es war ihm jedoch nicht gelungen, im Landesmassstab die 45 Prozent zu erreichen, die von der Meinungsforschung als Voraussetzung zur Erreichung der absoluten Mehrheit im zweiten Wahlgang betrachtet wurde. In 49 Departementen blieb er sogar unter der Stimmenzahl, die im ersten Gang der Parlamentswahlen 1973 von den Linksparteien zusammen erzielt worden war. Das gilt sowohl für sozialdemokratische Arbeiterstimmen in Nordfrankreich (aus Misstrauen gegen die Einheitsfront mit der KPF) als auch für kommunistische Arbeiterbezirke der Pariser Umgebung (aus Misstrauen gegen den Sozialdemokraten). Im 2. Wahlgang am 19. Mai wurde das wettgemacht; fast alle Linksstimmen waren nun für Mitterrand eingesetzt.

Ebenso entschlossen sich die meisten Linksextremen nunmehr zur Stimmabgabe für Mitterrand. Die trotzkistische Kandidatin Arlette Laguiller («Lutte Ouvrière») hatte am 5. Mai 2,36 Prozent erzielt, der zweite trotzkistische Kandidat Alain Krivine 0,37 Prozent. In einigen Departe-

menten lag Arlette Laguiller über ihrem Landesdurchschnitt, so in den Vogesen 3,12 Prozent), im Cantal (4,03), Creuse (4,15) und im Jura (3,40).

Umschwung

Die sozialistische Arbeiterbewegung drängt jetzt mit Kraft zur vollen Wiederherstellung der politischen Demokratie und zu einer sozialistischen Antwort auf die Wirtschaftskrise. Bedrängt durch diese seit Mai 1968 fortdauernde revolutionäre Situation, entledigt sich das konservativ-liberale Bürgertum jetzt der gaullistischen Zwangsjacke und bemüht sich um eine gründliche Renovierung der eigenen Fassaden – unter dem neuen Schlagwort einer «Sechsten Republik». Durch Auflockerung oder Abschaffung der vom Gaullismus errichteten politischen Strukturen und durch soziale Zugeständnisse sollen die Ursachen der revolutionären Unrast gedämpft werden. Dies ist der Sinn des Experiments Giscard d'Estaing. Ob es gelingt, hängt nicht nur vom guten Willen der Beteiligten ab. Ein neues Blatt der französischen Geschichte ist aufgeschlagen.

Der Gaullismus, das war de Gaulle. Seitdem er tot ist, ist nichts mehr davon übriggeblieben. Aber de Gaulle hatte soziale Kräfte hinter sich; er hat eine gewisse Fortschrittspolitik betrieben, er hat eine Partei organisiert, die UDR, und hat sie gehalten. Wenn diese auch nach dem Abgang de Gaulles nicht verschwunden ist, so hat sie doch an Kraft verloren, obwohl seine antisoziale Politik, die sich hinter dem Mythos seiner historischen Persönlichkeit verbarg, jetzt sichtbar geworden ist. Sein Verschwinden hat sozusagen Klarheit gebracht. Nachdem derjenige verschwunden ist, der seine Politik egoistischer und inhumaner Bourgeoisie zu kaschieren verstand, ist die Maske gefallen. Der Gaullismus von heute ist bedeutungslos, die Macht der Bourgeoisie ist aber noch immer von Bedeutung. *François Mitterrand* in «Die Zukunft» (Wien)